

## In der Krise muss Vater Staat zeitweise auch als Aktionär ran

Wir sind im Krieg gegen das Corona-Virus. Und im Krieg sind alle Mittel erlaubt. Auch wirtschaftlich muss in Deutschland alles unternommen werden, damit aus einer Virus-Rezession keine -Depression wird. Auch unkonventionelle Maßnahmen werden gebraucht, um Unternehmen und ihre Beschäftigten zu retten.

### Von Amerikas „Verstaatlichungs-Aktion“ lernen

Unorthodox sind Staatsbeteiligungen, wenn also der Bund Unternehmen unter seine Fittiche nimmt. Ich erinnere mich zurück an die Lehman-Pleite 2008. Im Rahmen der Rettung des US-Finanzsystems kam es damals zu einer selbst für Amerika ungewöhnlichen Aktion. Die US-Regierung „zwangsnötigte“ vielen großen Banken - u.a. Bank of America, Citigroup, Wells Fargo, JP Morgan, Goldman Sachs - staatliche Beteiligungen auf, um ihnen wieder auf die Beine zu helfen.

Ähnliche Maßnahmen in Deutschland hätten einen gewaltigen Shitstorm losgetreten. Warum sollte man ausgerechnet denen mit vielen Milliarden Staatsgeld zur Seite springen, die die Finanzkrise vermeintlich verursacht haben? Doch denkt Amerika grundsätzlich pragmatisch und lösungsorientiert und nicht nur moralisch oder ideologisch. Der US-Regierung ging es damals darum, ihre Schlüsselbranche „Banken“ auch nach der Krise am Leben zu halten. Der Erfolg gibt der Staatsbeteiligung Recht: Die amerikanischen Banken sind heute weltweit in der Pole Position und Deutschland fährt hinterher. Übrigens, nach Gesundung der Banken verabschiedete sich der Staat wieder von seinem Engagement und zwar mit dicker Rendite für die Steuerzahler dank gestiegener Aktienkurse.

### Den Aasgeiern die Flügel stutzen

Jetzt erhalten europäische und deutsche Politiker in der Virus-Krise eine neue Chance, wirtschaftliche Klugheit zu zeigen. Staatsbeteiligungen sind ein gutes Mittel, um Unternehmen, die wegen Corona unverschuldet in die Krise geraten sind, zu retten.

Nicht auszudenken, wenn Firmen, die Deutschlands wirtschaftliches Rückgrat bilden, vom Virus dahingerafft würden. Wir reden vor allem von den Branchen Auto, Maschinenbau, Elektro, Chemie und auch Fluglinien. Dabei sind selbst große Unternehmen nicht vor Schieflagen gefeit. Sind sie börsennotiert, dokumentieren stark fallende Aktienkurse sogar noch mehr Krise. Kommen dann auch noch Herabstufungen von amerikanischen „Rate“-Agenturen hinzu, trifft Not auf Elend.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sollte niemand auf christliche Nächstenliebe hoffen. Im Gegenteil, große Hedgefonds versuchen aus der Corona-Krise Profit zu schlagen. In diesem Jahr haben sie wegen falschen Marktpositionierungen bereits viel Geld und damit auch Vertrauen bei ihren Anlegern verloren. Im großen Stil wollen sie jetzt das Blatt wenden und ordentlich Reibach machen.

Mit sogenannten Leerverkäufen leihen sie sich gegen eine überschaubare Gebühr Aktien von z.B. Fondsgesellschaften und verkaufen diese an der Börse mit dem eiskalten Kalkül, sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder viel günstiger einkaufen zu können. Hier gilt: Je mehr Geld auf Untergangswetten gesetzt wird - und sie haben viel Geld - umso größer sind die Chancen, die Aktienkurse viral angeschlagener Unternehmen tatsächlich möglichst weit nach unten zu treiben. Und umso höher ist dann auch der Gewinn.

Mit Staatsbeteiligungen an Unternehmen kann man gegen die üblen Krisengewinner gut vorgehen. Die finanzielle Lage und Bonität kriseninfizierter Unternehmen wird ebenso gestärkt wie ihre Aktienkurse. Das wiederum stärkt das Vertrauen bei Geschäftspartnern und Beschäftigten. Mit seinem Energy Drink würde Vater Staat z.B. dem Kranich von Lufthansa Flügel verleihen und gleichzeitig den Untergangsspekulanten die Federn ausrufen.

### **Der Staat als großer Bruder von schwachen Unternehmen**

Nicht zuletzt, mit dem Engagement des Staats werden unsere Unternehmen auch vor feindlicher Übernahme geschützt. Über einen Virenschock einbrechende Aktienkurse sind für Heuschrecken aus Amerika, vor allem aber auch China, so einladend wie eine offene Hühnerstalltür für den Fuchs. Einfacher kann man die deutsche Konkurrenz nicht reißen.

Grundsätzlich ist ja nichts gegen internationale Beteiligungen zu sagen. Aber bitte nur dann, wenn Waffengleichheit herrscht: Was Du mit meinen Unternehmen darfst, ist mir bei Deinen auch erlaubt. Leider zeigt sich China aber viel zu oft als Braut, die sich nicht traut.

### **Soziale Marktwirtschaft ja, Staatswirtschaft nein**

Doch sollte der Staat nie sagen: Ich bin gekommen, um zu bleiben. Er soll die Unternehmen nicht heiraten. Es ist nur eine Zweckehe auf Zeit. Sobald die Krise vorbei ist, müssen die Beziehung beendet und die Beteiligungen wieder verkauft werden. Die Finanzgeschichte zeigt zweifelsfrei, dass, staatliche Liebhaber früher oder später zu viele politische und ideologische Nebenaffären pflegen, die den wirtschaftlichen Erfolg auch in punkto Beschäftigung begrenzen. Der Staat ist kein guter Unternehmenslenker.

Soziale Marktwirtschaft ist gefragt. Wenn der Staat gebraucht wird, muss er zur Sicherung der Unternehmen und der allgemeinen Wohlfahrt da sein. Ist die Krise dann verblüht, muss er aus marktwirtschaftlichen Gründen wieder verduften. Sein Honorar dafür sind die erzielten Aktiengewinne für die Steuerzahler.

# KOLUMNE VON ROBERT HALVER

Mittwoch, 18.03.2020



Rechtliche Hinweise / Disclaimer und Grundsätze zum Umgang mit Interessenkonflikten der Baader Bank AG:  
<https://www.roberthalver.de/Newsletter-Disclaimer-725>



**Robert Halver**  
Finanzexperte

Dieser Artikel gibt die Meinung des Autors wieder und stellt in keiner Weise eine Finanzanalyse, eine Anlageberatung, ein Angebot zum Kauf oder eine Empfehlung der Hello bank! dar und kann keine fachliche Beratung durch einen Anlage- und/oder Steuerberater ersetzen. Bitte beachten Sie, dass die dargestellten Finanzinstrumente den allgemeinen Wertpapierrisiken unterliegen, insbesondere auch dem Bonitätsrisiko des Emittenten und dem Risiko eines Totalverlustes des eingesetzten Kapitals.